

## **„Umfrage zu Erwartungen von Betroffenen sexuellen Missbrauchs in Kindheit und Jugend an die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs“**

Bianca Nagel (M.A.)

Prof. Dr. Barbara Kavemann

Berlin, Anfang Mai 2017

### **Inhalt**

1. Einleitung.....	2
2. Stichprobenbeschreibung .....	3
3. Fragen zur Unabhängigen Aufarbeitungskommission .....	10
4. Fragen zu den Anhörungen .....	14
Öffentliche Anhörungen.....	14
Vertrauliche Anhörungen.....	17
5. Weitere Fragen.....	22

# 1. Einleitung

Die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs hat Anfang 2016 ihre Arbeit aufgenommen. Sie will Ausmaß, Art und Folgen von sexuellem Kindesmissbrauch in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR untersuchen. Dabei wollen die Mitglieder der Kommission vor allem zuhören und damit Betroffenen und anderen Zeitzeuginnen und -zeugen wie Eltern, sonstigen Verwandten, Freundinnen und Freunden und anderen unterstützenden Personen die Möglichkeit geben, jenseits von Institutionen oder Gerichtssälen über das erlebte Unrecht zu sprechen. Sie wollen zuhören, damit sich für Betroffene und Kinder heute und in Zukunft etwas verändert. Die Arbeit der Kommission soll zu politischen Konsequenzen führen.

Den sieben ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Kommission steht jeweils ein kleines Budget zur Verfügung, um ein Ziel der Kommission im Rahmen eines Forschungsprojekts zu verfolgen.<sup>1</sup> Barbara Kavemann entschied sich dafür, die Erwartungen von Betroffenen besser kennenzulernen, um Aktivitäten der Kommission möglichst gut daran ausrichten zu können. Dafür wurde eine Erhebung per Fragebogen durchgeführt und im Anschluss daran Interviews mit interessierten Betroffenen geführt. Das Projekt läuft vorerst bis Ende März 2019.

## **Hier werden nun erste Ergebnisse präsentiert.**

Der Online-Fragebogen wurde am 08.08.2016 ins Netz gestellt und ging am 06.12.2016 offline. Er wurde auf mehreren Wegen verbreitet: in einem ersten Schritt wurde er mit einem erläuternden Anschreiben über Ziel und Inhalt des Forschungsprojekts an alle uns sinnvoll erscheinenden Verteiler verschickt:

- Betroffenenorganisationen
- Betroffenenrat beim UBSKM – Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs
- Über 500 spezialisierte Fachberatungsstellen (für Frauen, Männer, Jugendliche)
- Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff)
- DGfPI – Deutsche Gesellschaft für Kindesmisshandlung und Vernachlässigung
- Organisationen ehemaliger Heimkinder in Ost und West
- Beratungsstelle von Opfern des DDR-Unrechts
- Organisationen Betroffener von rituellem Missbrauch
- Netzwerke für Menschen mit Behinderungen
- Opferberatungsstellen
- Bundesorganisation der Erziehungsberatungsstellen
- Frauenhauskoordinierung
- Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen

In einem zweiten Schritt wurde der Fragebogen über den Verteiler des UBSKM verbreitet und in einem dritten auf der Seite der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs eingestellt [www.aufarbeitungskommission.de](http://www.aufarbeitungskommission.de)

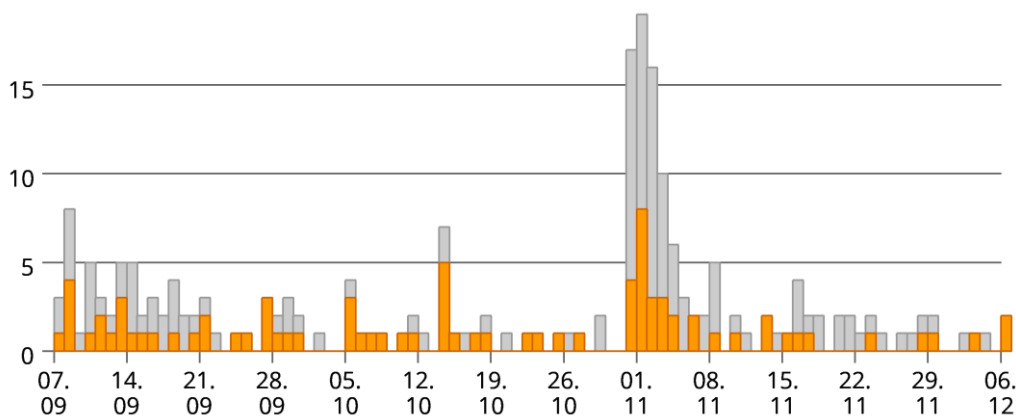
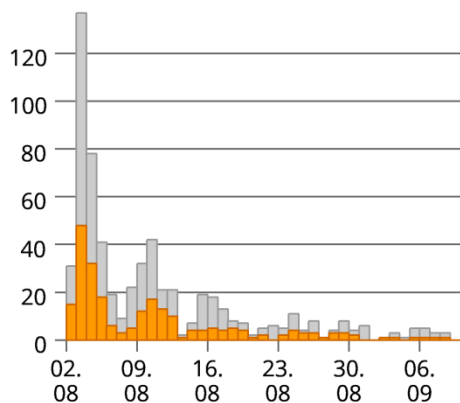
---

<sup>1</sup> Eine Übersicht über die Projekte findet sich unter [www.aufarbeitungskommission.de/kommission/projekte/](http://www.aufarbeitungskommission.de/kommission/projekte/)

Viele der angesprochenen Organisationen stellten den Link zum Fragebogen auf ihren eigenen Internetseiten ein und machten Mitglieder bzw. Mitgliedsorganisationen darauf aufmerksam.

Die Reaktion war prompt und erfreulich. Innerhalb der ersten Tage schon erhielten wir viele ausgefüllte Fragebögen und erste Interessensbekundungen für persönliche Interviews. Seither verlief der Rücklauf deutlich gemüthlicher, aber kontinuierlich.

Ende Oktober verschickten wir erneut eine E-Mail an alle im Verteiler, in der wir über den Verlauf der Erhebung und über unsere gerade online gegangene Website informierten. Der Rücklauf bzw. die Klicks stiegen daraufhin noch einmal angestiegen, insgesamt wurde der Fragebogen bis zum Schluss kontinuierlich von Einzelnen genutzt, von 316 Betroffenen ausgefüllt und über 3000 Mal angeklickt.



## 2. Stichprobenbeschreibung

Der Online-Fragebogen wurde von 316 Personen ausgefüllt. Im Folgenden wird ein Überblick über die Stichprobe gegeben. Bemerkenswert ist die hohe Qualität der Daten. Die Fragebögen wurden überwiegend vollständig ausgefüllt und die vielen offenen Fragen von einem Großteil der Befragten teilweise sehr ausführlich beantwortet.

Kurz zusammengefasst: Wir haben überwiegend Frauen erreicht (83,9 %). Die Befragten waren hauptsächlich zwischen 31 und 60 Jahren alt (79,4 %) und lebten aktuell mehrheitlich in Westdeutschland (83,2 %). Ein Großteil der Befragten hat Missbrauch in der Familie (73,1 %) bzw. im eigenen Zuhause (64,9 %) erlebt. 88,9 % lebten zum Zeitpunkt des Missbrauchs in der BRD bzw. nach

1990 auch in den neuen Bundesländern und bei 40,8 % der Befragten endeten die letzten erlebten Übergriffe zwischen 1980 und 2000. Nur ein kleiner Teil der Befragten hat Entschädigung an unterschiedlichen Stellen beantragt, der größte Anteil (31,3 %) beim ergänzenden Hilfesystem. Unterschiede nach Alter und Geschlecht waren nicht statistisch signifikant.

Die Ergebnisse zur Stichprobenzusammensetzung im Einzelnen:

<b>Geschlecht (n=316)</b>		
Frauen	265	83,9 %
Männer	38	12,0 %
Keine Angabe	7	2,2 %
Andere Angabe	6	1,9 %
<b>Gesamt</b>	<b>316</b>	<b>100 %</b>
Die Frage nach dem Geschlecht wurde offen gestellt und wir erhielten folgende „andere“ Angaben: „männlich, zur Tatzeit weiblich“, „weiblich mit transsexuellem Hintergrund“, „non binary“, „queer“, „multiple Persönlichkeit“ und „alles“.		

<b>Aktuelles Alter (n=316)</b>		
20 und jünger	4	1,3 %
21-30	41	13,0 %
31-40	74	23,4 %
41-50	95	30,1 %
51-60	82	25,9 %
61-70	11	3,5 %
71-80	3	0,9 %
Keine Angabe	6	1,9 %
<b>Gesamt</b>	<b>316</b>	<b>100 %</b>

<b>Aktueller Wohnort (n=316)</b>		
Baden-Württemberg	36	11,5 %
Bayern	43	13,6 %
Berlin	22	7,0 %
Brandenburg	6	1,9 %
Bremen	2	0,6 %
Hamburg	10	3,2 %
Hessen	28	8,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	4	1,3 %
Niedersachsen	39	12,3 %
Nordrhein-Westfalen	74	23,4 %
Rheinland-Pfalz	14	4,4 %
Saarland	3	0,9 %
Sachsen	11	3,5 %
Sachsen-Anhalt	3	0,9 %
Schleswig-Holstein	14	4,4 %
Thüringen	2	0,6 %
Keine Angabe	5	1,6 %
<b>Gesamt</b>	<b>316</b>	<b>100 %</b>

Auf die beiden folgenden Fragen waren jeweils Mehrfachantworten möglich, um einzubeziehen, dass Befragten an mehreren Wohnorten und in unterschiedlichen Kontexten Missbrauch widerfahren ist.

<b>Wohnort zum Zeitpunkt des Missbrauchs (n=316)</b>		
BRD und neue BL nach 1990	281	88,9 %
DDR	34	10,8 %
Anderes Land	8	2,5 %
Keine Angabe	2	0,6 %

<b>Kontext Täter*in (n=316)</b>		
Familie	231	73,1 %
Soziales Umfeld	149	47,2 %
Institution	69	21,8 %
Organisierte Tätergruppe	61	19,3 %
Ritueller Kontext	45	14,2 %
Unbekannt	44	13,9 %
Anderes	32	10,1 %

Der überwiegende Anteil der Befragten gab Familie als Kontext des Missbrauchs an: 75 % der befragten Frauen und 53 % der befragten Männer haben Missbrauch innerhalb der Familie erlitten, außerdem 83 % der 41-50jährigen.

Weiterhin nannte fast die Hälfte der Befragten das soziale Umfeld als Kontext, darunter waren 48 % der befragten Frauen und 34 % der befragten Männer. Dieser Kontext wurde häufig von jüngeren Befragten genannt, zu 54 % von den 21-30jährigen und zu 51 % von den 31-40jährigen.

Missbrauch im Kontext einer Institution wurde von 42 % der Männer und 19 % der Frauen genannt, unter den 61-70jährigen liegt der Anteil derjenigen, die Missbrauch in einer Institution erlebt haben bei 46 %.

Auch unter der Rubrik „anderes“ wurde der Kontext Familie erneut genannt, allerdings in Kombination damit, dass es Familienangehörige waren, die weitere Missbrauchskontexte organisierten wie Tätergruppen im Bekanntenkreis: rituelle Gruppen (1), Kinderprostitution (2) und Pornografieproduktion (2). Der familiäre Kontext tauchte hier auch als Pflegevater und Tagesmutter auf.

Vereinzelt wurden Ärzt\*innen genannt, Mitschüler\*innen oder Personen wie der Fahrer des Schulbusses.

Bei der Frage nach den Kontexten haben die Mehrfachantworten offenbar dazu geführt, dass auch sexuelle Gewalt in späteren Leben angegeben wurde: Das berufliche Umfeld spielte zweimal eine Rolle, zweimal ein Freund und dreimal ein Partner. Einen Sonderfall stellte einmal der Kontext Armee dar, einmal wurden Stasi und Partei genannt.

<b>Ort, an dem der Missbrauch stattgefunden hat (n=316)</b>		
Bei mir zuhause	205	64,9 %
Beim Täter/der Täterin zuhause	163	51,6 %
In der Kirchengemeinde	26	8,2 %
In der Schule	23	7,3 %
Im Verein/ Sportverein	18	5,7 %
Im Heim/ Werkhof	16	5,0 %
In der Therapie / in der Klinik	12	3,8 %
Im Internat	9	2,8 %

Der am häufigsten genannte Tatort war das eigene Zuhause, er wurde von 67 % der Frauen und 42 % der Männer angegeben. Ähnlich war es bei der Angabe „beim Täter, der Täterin zuhause“, diese Antwort kreuzten 54 % der Frauen und 40 % der Männer an. Bei anderen Antworten lag der Anteil unter den Männern höher: 11 % der Männer und 2 % der Frauen (beides = 4 Personen) nannten das Internat als Ort des Missbrauchs, 16 % der Männer und 7 % der Frauen die Kirchengemeinde sowie 11 % der Männer und 4 % der Frauen das Heim bzw. den Werkhof.

75 % der 21-30jährigen gab das Zuhause des Täters bzw. der Täterin als Ort des Missbrauchs an, in den anderen Altersgruppen liegt dieser Anteil zwischen 42 und 54 %.

Zur Frage nach dem Ort, an dem Missbrauch stattgefunden hat, haben 94 Personen Angaben in der offenen Antwortmöglichkeit „andere“ gemacht. Es fällt auf, dass vor allem für den rituellen und organisierten Kontext eine Vielzahl von wechselnden Orten angegeben wurde, sowohl spezifische „Orte der Sekte“ oder Hotels, „Kinderbordell“ als auch „Kultorte“ und „geheime Orte“, „bei Gleichgesinnten“.

Häufig genannt wurden öffentliche Orte. Entweder unspezifisch wie „draußen“ oder „öffentlicher Ort“, aber auch „im Wald“, „im Kornfeld“ oder Natur, Straße, Park. Ebenfalls in diese Kategorie gehörten Orte wie z.B. öffentliche Spielplätze, öffentlicher Nahverkehr, Schulweg, Schwimmbad, öffentliche Toilette, Lagerhalle.

Der institutionelle Kontext fand sich bei Ortsangaben wie Jugendreisen – seien es Pfadfindergruppen oder Konfirmandenfreizeiten, Schüleraustausch, Klassenfahrten – aber auch durch die Angabe von Gebäuden wie z.B. Kloster, Gebäude der Stasi, Schullandheim, Arztpraxis, Hort.

Der familiäre Kontext und das nahe soziale Umfeld wurden ergänzt durch Ortsangaben wie „bei Oma“, „Familienfreizeit“, „Ferienhaus“, „bei den Großeltern“, „bei einer Freundin“, „bei Verwandten“, „auf einer Familienfeier“.

Auffallend oft gab es keinen spezifischen Ort, an dem die Mädchen und Jungen sexuell missbraucht wurden, sondern mehrere Orte, entweder unspezifisch z.B. „bei jeder Gelegenheit“, „an unzähligen Orten“, „an unzählbaren Orten, eigentlich Gab es keinen sicheren Ort“, „an unterschiedlichen Orten“ oder konkrete Aufzählungen wie z.B. „im öffentlichen Raum, in einer Gaststätte, im Keller, Dachboden“. Einige Betroffene wiesen darauf hin, dass sie die Orte nicht genau erinnern können.

<b>Zeit, zu der der letzte Missbrauch endete (n=316)</b>		
Vor 1960	5	1,6 %
Nach 1960 und vor 1980	96	30,4 %
Nach 1980 und vor 2000	129	40,8 %
Nach 2000 und vor 2010	44	13,9 %
Nach 2010	36	11,4 %
Keine Angabe	6	1,9 %

42 % der Männer antworteten, dass der letzte Missbrauch nach 1960 und vor 1980 endete. Bei den Frauen gab der größte Teil (44 %) an, dass der Missbrauch nach 1980 und vor 2000 endete.

Es spricht für die Qualität der Erhebung, dass wir einige Personen erreichen konnten, die in einer Zeit sexuellen Missbrauch erlebt haben, als die Diskussion offen geführt wurde – 11 % nach 2010 - und damit auch Angaben über aktuelle Gewaltverhältnisse bekommen haben.

<b>Haben Sie schon einmal eine Entschädigung bzw. Schadensersatz beantragt? (n=316)</b>		
<b>Im Rahmen des OEG</b>		
Ja	54	17,1 %
Davon:		
Antrag läuft noch	20	37,0 %
Antrag wurde abgelehnt	21	38,9 %
Antrag wurde bewilligt	12	22,2 %
Keine Angabe	1	1,9 %
Gesamt	54	100 %
<b>Im Rahmen des EHS / Fonds sexueller Missbrauch</b>		
Ja	99	31,3 %
Davon:		
Antrag läuft noch	65	65,7 %
Antrag wurde abgelehnt	1	1,0 %
Antrag wurde bewilligt	32	32,3 %
Keine Angabe	1	1,0 %
Gesamt	99	100 %
<b>Bei der Einrichtung, in der der Missbrauch passiert ist</b>		
Ja	9	2,8 %
Davon:		
Antrag wurde abgelehnt	1	11,1 %
Antrag wurde bewilligt	8	88,9 %
Gesamt	9	100 %
<b>Im Rahmen des Fonds Heimerziehung bzw. Fonds Heimerziehung in der DDR</b>		
Ja	11	3,5 %
Davon:		
Antrag läuft noch	2	18,2 %
Antrag wurde bewilligt	7	63,6 %
Keine Angabe	2	18,2 %
Gesamt	11	100 %
<b>Schadensersatzklage im Rahmen des Zivilrechts</b>		
Ja	3	0,9 %
Davon:		
Klage wurde abgelehnt	2	66,7 %

Klage wurde stattgegeben	1	33,3 %
Gesamt	3	100 %
Keine Entschädigung beantragt		
Ja	173	54,7 %

Ergänzend zu den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten gaben mehrere Betroffene an, dass sie Erwerbsminderungsrente oder einen Schwerbehindertenausweis beantragt haben. Nicht alle waren mit der Antragstellung erfolgreich.

Einige nannten an dieser Stelle andere Aktivitäten, wie die Anzeige des Täters oder auch eine Konfrontation des Täters – alleine oder mit Unterstützung. *„Einen der Täter über einen Rechtsanwalt zu einer Anerkennungszahlung ‚bewogen‘. Netter Exkurs: Er reduzierte von 4.000 auf 3.000 seine ‚freiwillige‘ Zahlung, denn wenn ich mich erst so spät an ihn wende, kann es ja nicht so schlimm gewesen sein.“*

Mehrere Betroffene nutzten diese offene Antwortmöglichkeit um auszuführen, welche Probleme sie mit ihren Versuchen hatten, Entschädigung zu erhalten.

- *„Ich habe den Heimkinder-Fond erhalten und damit kein Anrecht auf den Fond für sexuellen Missbrauch.“*
- *„Ich habe beim weißen Ring angerufen. Ich bekam folgende Infos: die Taten seien verjährt und ich bräuchte Beweise.“*
- *„Zivilrechtlich war nicht mehr möglich. Als ich wieder in der Kraft war es zu können, war der Täter schon tot.“*
- *„Ich habe geschwiegen! Ich habe ‚innere Wege‘ gefunden, zu überleben! Als alles in mir ‚hochkam‘, waren die Täter/innen tot und nicht mehr zur Verantwortung zu ziehen... also kein Schadensersatz, keine Entschädigung mehr möglich!“*

Mehrere Betroffene äußerten starke Kritik an den Antragsverfahren:

- *„Den Antrag im Rahmen des Opferentschädigungsgesetzes habe ich selbst wieder zurückgezogen während er noch in Bearbeitung war. Im Rahmen der Wiedereingliederungshilfe war es mir zur Auflage erlegt worden diesen zu stellen. Dies führte zur Destabilisierung. Momentan wird davon abgesehen, dass ich den Antrag stellen muss.“*
- *„Ich habe einen Antrag auf Opferentschädigung gestellt, habe ihn aber zurückgezogen als ich ihn las. Ich empfand ihn als erneuten Missbrauch und als Zumutung so detailliert Auskunft geben zu müssen und wieder ‚in der Beweispflicht‘ zu sein dass ich mir DAS nicht zugemutet habe. Und die Höhe der Entschädigung spottet (in Relation zum aufgewandten Einsatz meinerseits) JEDES Kommentars.“*

Einige wollten begründen, dass sie keine weiteren Anstrengungen unternommen haben: *„Die Täter sind organisiert. Solange ich keine aktive Hilfe vom Staat erhalte und mir endlich zugehört wird, muss ich still halten. Die Täter wissen, dass sich alles wieder gegen mich kehren kann.“*

Es gab aber auch Anmerkungen, mit denen deutlich gemacht wurde, dass finanzielle Entschädigung nicht das Ziel ist, bzw. dass sie sich auch Ohne Entschädigung ein gutes Leben aufgebaut haben:

- *„Täter wurden benannt und mit ihren Taten konfrontiert. Entschädigungen wurden von mir nicht eingefordert und dort wo man sie mir angeboten hat, von mir abgelehnt. Kein Geld kann*



*mich für das Entschädigen, was ich durchgemacht habe. OEG und FSM habe ich nicht durchgeführt, da die Erfahrungen anderer Betroffener sehr negativ waren und ein langwieriges Verfahren aufzeigten, das für mich als Betroffenen eine Missachtung meiner Menschenwürde bedeutet.“*

- *„Nach Therapie und Beenden einer Ehe die mir nicht gut tat, neue Berufsausbildung in einem helfenden Beruf, Coming out mit 42 und danach ein gutes Leben.“*
- *„Ich habe darüber berichtet, was mir angetan wurde. Dadurch konnte ich einen Teil der Last, die die Verantwortlichen mir aufgebürdet hatten, wieder bei ihnen abladen. Das reicht mir, zumal nur wenige Opfer überhaupt nur die Gelegenheit dazu bekommen.“*
- *„Mein Leben auf die Reihe bekommen. Aus eigener Kraft.“*

Andere Betroffene schilderten eine prekäre oder auch verzweifelte Lebenssituation:

- *„Krankenkasse verlangt nun Ausfüllen eines Unfallberichtes, um nicht zahlen zu müssen. Bis der bearbeitet ist das wird dauern, vorher erhalte ich kein Geld trotz laufender Kosten wie Miete und Strom.“*
- *„Nichts bisher. Ich leide.“*

Es wurde außerdem danach gefragt, aus welchen Gründen die Befragten keine Entschädigung beantragt haben. Diese Frage wurde lediglich von 11 Personen beantwortet, obwohl 173 angaben, keine Entschädigung beantragt zu haben. Es scheint sich um eine kritische Frage zu handeln, die Betroffene nicht einfach beantworten können oder wollen, sie haben eher die Möglichkeit gewählt, etwas ins Feld „ich habe anderes unternommen“ einzutragen.

<b>Haben Sie Ihre Geschichte von sexuellem Missbrauch schon einmal erzählt? (n=316)</b>		
Ja, Geschichte schon einmal erzählt	266	84,2 %
Nein, noch nicht darüber gesprochen	50	15,8 %
Gesamt	316	100 %

Insgesamt haben 84,2 % bereits über die erlebte Gewalt gesprochen, mehrheitlich in privaten Situationen sowie in Beratung, Therapie und Selbsthilfe. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 50 Personen angaben, dass sie noch nicht über ihre Geschichte gesprochen haben. Weitere Antworten dieser 50 Befragten deuten aber darauf hin, dass die Frage unterschiedlich verstanden wurde. Beispielsweise können sich neun dieser 50 vorstellen, an einer öffentlichen Anhörung teilzunehmen, andere geben an, dass sie Entschädigung beantragt haben. Möglicherweise haben sie die „Teilnahme“ an der Anhörung auch als eine passive Teilnahme verstanden, oder „über die Geschichte gesprochen zu haben“ ist für die Befragten nicht eindeutig gleichzusetzen damit jemandem von dem erlebten Missbrauch erzählt zu haben. Diese Möglichkeit wurde in den offenen Antworten deutlich, eine Befragte sagte beispielsweise: „Ich habe noch nie die ‚Geschichte‘ als Ganzes erzählt, sondern immer fragmentiert. Sie als ‚Geschichte‘ zu erzählen, wäre erstmalig.“

Auffällig ist, dass 97 % der befragten Männer sagten, dass sie bereits über ihre Geschichte gesprochen haben, diese Antwort gaben nur 82 % der Frauen. Entweder, die Definitionen gehen auch unter den Geschlechtern auseinander, oder die Männer haben tatsächlich häufiger über die

erlebte Gewalt gesprochen. Es gibt keine Unterschiede zum Sprechen über den sexuellen Missbrauch zwischen denen, die im familiären Kontext Übergriffe erlebten und denen, für die es ein anderer Kontext war, genauso für die, die Missbrauch in einem rituellen bzw. organisierten Kontext erlebt haben.

Die Befragten, die angegeben haben, bereits über die erlebte Gewalt gesprochen zu haben, wurden anschließend nach dem Kontext gefragt, in dem sie darüber gesprochen haben.

<b>In welchen Situationen haben Sie von dem sexuellen Missbrauch erzählt? (n=266)</b>		
Private Situationen	194	61,4 %
Beratung, Therapie oder Selbsthilfe	244	77,2 %
Polizei oder Gericht	44	13,9 %
Im Rahmen der Aufarbeitung einer Institution	20	6,3 %
Interview für Medien	21	6,6 %
Interview für Forschung	31	9,8 %

Zusätzlich zu den angebotenen Antwortmöglichkeiten wurden in der offenen Antwortmöglichkeit mehrere Kontexte genannt, in denen Betroffene über die erlebten Übergriffe gesprochen haben z.B. bei der (schriftlichen) Beantragung von finanzieller Unterstützung oder im Rahmen von dazugehöriger Begutachtung (OEG, Fond, Erwerbsminderungsrente). Einige gaben an, dass sie am Arbeitsplatz mit Kolleginnen und Kollegen gesprochen hatten. Mehrere Betroffene waren in der Öffentlichkeitsarbeit aktiv, drei hatten Bücher veröffentlicht.

### **3. Fragen zur Unabhängigen Aufarbeitungskommission**

<b>Fühlen Sie sich über die UKASK informiert? (n=316)</b>		
Ja, gut	41	13,0 %
Ja, aber nicht im Detail	119	37,6 %
Nein, kaum	96	30,4 %
Nein, gar nicht	59	18,7 %
Keine Angabe	1	0,3 %
Gesamt	316	100 %

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, ob sie die einzelnen Ziele der Unabhängigen Aufarbeitungskommission für sinnvoll und erreichbar halten. Die Antworten unterscheiden sich deutlich: Während jeweils über 90 % der Befragten die einzelnen Ziele für sinnvoll hielten, lag die Einschätzung der Ziele als erreichbar zwischen 47 und 67,5 %. Die Betroffenen stimmen den Zielen der Kommission also sehr zu, sind aber nicht naiv, was deren Umsetzbarkeit betrifft. Die Antworten unterscheiden sich nicht nach Geschlecht oder Alter.

Die nächsten Fragen gaben zusätzlich zu den vorgegebenen Antworten die offene Möglichkeit „anderes“ hinzuzufügen. Diese Antworten werden aktuell systematisiert und ausgewertet.

<b>Halten Sie die Ziele der UKASK für sinnvoll? (n=316)</b>		
<b>Klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird</b>		
Ja, sinnvoll	304	96,2 %
Nein, nicht sinnvoll	5	1,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	5	1,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
<b>Das Aufzeigen von Ausmaß, Art und Folgen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche</b>		
Ja, sinnvoll	303	95,9 %
Nein, nicht sinnvoll	4	1,3 %
Das kann ich nicht einschätzen	9	2,8 %
Gesamt	316	100 %
<b>Aufdecken, wodurch Kindesmissbrauch möglich wird</b>		
Ja, sinnvoll	298	94,3 %
Nein, nicht sinnvoll	2	0,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	12	3,8 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %
<b>Anstoßen einer breiten politischen und gesellschaftlichen Debatte</b>		
Ja, sinnvoll	292	92,4 %
Nein, nicht sinnvoll	7	2,2 %
Das kann ich nicht einschätzen	16	5,1 %
Keine Angabe	1	0,3 %
Gesamt	316	100 %
<b>Untersuchen von sämtlichen Formen von sexuellem Kindesmissbrauch</b>		
Ja, sinnvoll	289	91,5 %
Nein, nicht sinnvoll	6	1,9 %
Das kann ich nicht einschätzen	19	6,0 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %

<b>Glauben Sie, dass die UKASK diese Ziele erreichen kann? (n=316)</b>		
<b>Klären, warum Missbrauch so oft verschwiegen wird</b>		
Ja, erreichbar	213	67,4 %
Nein, nicht erreichbar	33	10,4 %
Das kann ich nicht einschätzen	66	20,9 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %
<b>Aufdecken, wodurch Kindesmissbrauch möglich wird</b>		
Ja, erreichbar	195	61,8 %
Nein, nicht erreichbar	39	12,3 %
Das kann ich nicht einschätzen	80	25,3 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %

Das Aufzeigen von Ausmaß, Art und Folgen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche		
Ja, erreichbar	163	51,7 %
Nein, nicht erreichbar	51	16,1 %
Das kann ich nicht einschätzen	100	31,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Anstoßen einer breiten politischen und gesellschaftlichen Debatte		
Ja, erreichbar	149	47,2 %
Nein, nicht erreichbar	62	19,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	103	32,6 %
Keine Angabe	2	0,6 %
Gesamt	316	100 %
Untersuchen von sämtlichen Formen von sexuellem Kindesmissbrauch		
Ja, erreichbar	148	46,8 %
Nein, nicht erreichbar	65	20,6 %
Das kann ich nicht einschätzen	99	31,3 %
Keine Angabe	4	1,3 %
Gesamt	316	100 %

Bei der Frage nach dem Erfolg der Kommission erhielt das Ziel bessere Unterstützung für Betroffene sicherzustellen, die meiste Zustimmung.

Woran würde man merken, dass die UKASK ihre Ziele erreicht hat? (n=316)		
Wenn Therapie und Beratung überall vorhanden, ausreichend finanziert und die Fachkräfte besser ausgebildet sind.	279	88,3 %
Wenn Kinder und Jugendliche auch bei Gewalt in Familien geschützt sind und nicht allein gelassen werden.	255	80,7 %
Wenn alle Arten von sexuellem Missbrauch ernst genommen und in der Öffentlichkeit zum Thema gemacht werden.	252	79,7 %
Wenn Betroffene nicht länger schräg angesehen und als Opfer ausgegrenzt werden	235	74,4 %
Wenn Täter und Täterinnen konsequenter bestraft werden.	230	72,8 %
Wenn Kinder und Jugendliche in Schulen, Internaten und Heimen gut informiert und geschützt werden.	229	72,5 %
Wenn Institutionen Aufarbeitung ernst nehmen.	209	66,1 %
Wenn Betroffene Anerkennung und Entschädigung bekommen.	207	65,5 %
Wenn eine nachhaltige politische und breite gesellschaftliche Debatte geführt wird.	206	65,2 %
Wenn weniger Kinder und Jugendliche sexuell missbraucht werden.	192	60,8 %
Wenn es für Betroffene leichter geworden ist über den Missbrauch zu sprechen.	189	59,8 %
Wenn Täter und Täterinnen von Kindern und Jugendlichen ferngehalten werden.	180	57,0 %
Wenn Selbsthilfegruppen weit verbreitet, normal und akzeptiert sind.	161	50,9 %

Wenn Institutionen sich entschuldigt und Verantwortung übernommen haben.	156	49,4 %
Wenn Betroffene aus der DDR gleiche Rechte und Ansprüche an Entschädigung haben.	153	48,4 %

Es wurde danach gefragt, was die Kommission tun könnte, um das Leid und das Unrecht, das Betroffenen widerfahren ist, anzuerkennen. Es konnten mehrere Antworten gegeben und weitere Antworten selbst formuliert werden. Hier steht mit Abstand die Anerkennung der Folgen von sexuellem Missbrauch an der Spitze. Überraschend niedrig fällt mit unter 50 % die Anzahl derjenigen aus, die den Einsatz der Kommission für finanzielle Entschädigung fordern.

<b>Was könnte die UKAS tun, um Leid und Unrecht anzuerkennen? (n=316)</b>		
Sie müsste in ihren Berichten nicht nur die Taten, sondern auch die unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die Betroffenen benennen.	277	87,7 %
Sie müsste sich hinter die Betroffenen stellen.	212	67,1 %
Sie müsste in ihren Berichten Täterstrategien und Täterverantwortlichkeit benennen.	209	66,1 %
Sie müsste in ihren Berichten die Verantwortlichkeit der Institutionen und der Gesellschaft benennen.	203	64,2 %
Sie müsste den Betroffenen das Gefühl geben, dass ihnen bedingungslos geglaubt wird.	202	63,9 %
Sie müsste Betroffenen das Gefühl geben, dass das Unrecht anerkannt wird, indem klar gesagt wird: „Es war nicht deine Schuld.“	188	59,5 %
Sie müsste Institutionen gegenüber Position beziehen und konstruktiv die Verantwortlichen zur Aufarbeitung einladen.	170	53,8 %
Sie müsste das geschehene Unrecht in ihren Berichten benennen.	168	53,2 %
Sie müsste sich für finanzielle Entschädigung einsetzen.	152	48,1 %
Sie müsste im Anschluss an die Anhörungen das Leid und Unrecht in einem Schreiben an die Betroffenen oder in einer Urkunde anerkennen.	51	16,1 %

Es wurde außerdem gefragt, welche Erwartungen über die Kommission hinaus an eine gute Aufarbeitung bestehen, beispielsweise an Täter(innen) oder an die Institutionen, in denen der Missbrauch stattgefunden hat, auch hier gab es eine Möglichkeit die Antwort selbst zu formulieren, die zurzeit ausgewertet werden. Schuldeingeständnisse und Entschuldigungen spielten keine große Rolle, womöglich, weil sie wenig reale Verbesserung bringen können.

<b>Welche Aspekte, die die UKASK nicht leisten kann, gehören für Sie zu einer guten Aufarbeitung dazu? (n=316)</b>		
Täter oder Täterin sollen zur Verantwortung gezogen werden	148	46,8 %
Eingeständnis der Schuld durch Täter oder Täterin	89	28,2 %
Eingeständnis der Schuld durch die Einrichtung	61	19,3 %
Erwarten einer Entschuldigung	33	10,4 %

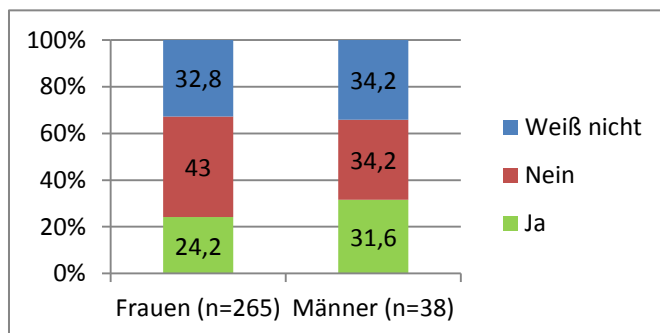
## 4. Fragen zu den Anhörungen

### Öffentliche Anhörungen

Zuerst wurde gefragt, ob die Befragten sich grundsätzlich vorstellen können, an einer öffentlichen Anhörung teilzunehmen. Ein Viertel der Befragten bejahten dies.

Können Sie sich vorstellen Ihre Geschichte in einer öffentlichen Anhörung zu erzählen? (n=316)		
Ja	80	25,3 %
Nein	135	42,7 %
Weiß nicht	101	32,0 %
Gesamt	316	100 %

In den Antworten auf diese Frage wurden Geschlechterunterschiede sichtbar: Während es sich ein Viertel der Frauen vorstellen kann, an einer öffentlichen Anhörung teilzunehmen und 43 % eine Teilnahme ausgeschlossen haben (ein Drittel war sich unsicher), gaben jeweils ein Drittel der Männer an, dass sie bereit wären teilzunehmen, bzw. eine Teilnahme ablehnten oder sich unsicher waren.



Auch anhand des Alters wurden Unterschiede deutlich: Gut die Hälfte der unter 40jährigen lehnten eine Teilnahme ab, die älteren können es sich etwas eher vorstellen (ca. 40% der bis 60jährigen und drei der elf 61-70jährigen). In den beiden höchsten Altersgruppen stieg auch die Bereitschaft zur Teilnahme auf ein Drittel, die Antwort „ich weiß es nicht“ wurde relativ konstant von ca. einem Drittel der Befragten gewählt. Ältere Betroffene waren also eher bereit, an einer öffentlichen Anhörung teilzunehmen. Dies kann damit zusammenhängen, dass keine Abhängigkeiten und Verbindungen zu Täter\*innen mehr bestehen oder die Täter\*innen bereits verstorben sind.

Anhand dieser Antworten wurde dann jeweils nach den Motivationen gefragt, die für eine Teilnahme sprechen, bzw. was für die Befragten gegen eine Teilnahme spricht und aufgrund von welchen Bedenken sie es derzeit nicht wissen. Auf diese Fragen konnten Mehrfachantworten gegeben werden, außerdem wurde jeweils nach „Anderem“ gefragt.

<b>Motivationen, sich für die öffentliche Anhörung zu entscheiden (n=80)</b>		
Ich finde es für mich und meine weitere Entwicklung wichtig, den Schritt in die Öffentlichkeit zu tun.	34	42,5 %
Ich will, dass endlich gehört wird was ich zu sagen habe.	30	37,5 %
Ich möchte für jemand anderen sprechen, der oder die es nicht selbst tun kann oder möchte.	16	20,0 %
Ich will, dass das Unrecht öffentlich wird, weil es in der Einrichtung geleugnet wird.	16	20,0 %
Ich will die Namen der Täter/Täterinnen öffentlich nennen.	15	18,8 %
Ich will herausfinden, wie es für mich ist, nicht nur im privaten Kreis zu sprechen.	14	17,5 %

Ergänzend dazu antworteten einige Befragte in der offenen Antwortmöglichkeit, dass sie auf die Folgen aufmerksam machen wollen, die der Missbrauch ein Leben lang für Betroffene, aber auch für Angehörige haben kann. Andere wollen auf Unrecht aufmerksam machen, beispielsweise in Bezug auf das OEG, das Ausmaß von sexuellem Missbrauch in der Familie oder den Umgang der Gesellschaft mit Betroffenen.

Genannt wurde auch der Wunsch, nicht mehr zu schweigen: *„Es ist notwendig über dieses Thema auch öffentlich zu sprechen und nicht nur hinter verschlossenen Türen“* oder *„durch das öffentliche Bekenntnis verliert das Trauma eine wichtige Dynamik: Es will im Dunkeln bleiben“*. Andere möchten allgemein zur Aufarbeitung beitragen oder *„dem Missbrauch ein Gesicht geben.“*

Einige Befragte nannten konkrete Veränderungen, die sie durch eine Teilnahme bewirken möchten, beispielsweise *„das Stigma von betroffenen Personen nehmen“* oder *„dass das Bild von Missbrauch in kirchlichen Institutionen weniger stereotyp (kath. Priester und Altarjunge) wird“*.

Ein weiterer Wunsch war es anderen zu helfen, *„Mut machen“* oder für andere zu sprechen, *„die noch nicht oder nicht mehr selbst reden können.“*

Außerdem nannten einige Befragte persönliche Ziele wie z.B.: *„Ich will, dass andere endlich anerkennen, dass ich ein Opfer bin. Damit ich mich anschließend aus dieser Opferrolle befreien kann.“* *„Ich möchte kompensieren was meine Familie mir nicht gibt. Durch eine öffentliche Anhörung bediene ich mich der Hierarchie, die für meine Eltern wichtig ist und vielleicht die einzige Sprache, die sie begreifen.“*

<b>Bedenken, sich für die öffentliche Anhörung zu entscheiden (n=101)</b>		
Ich befürchte, dass es sehr belastend sein wird.	67	66,3 %
Ich befürchte, dass alles nur Gerede bleibt und keine Folgen haben wird.	44	43,6 %
Ich würde den Schritt in die Öffentlichkeit gerne tun, weiß aber nicht, ob ich es mir zutraue.	50	49,5 %
Ich habe schlechte Erfahrungen gemacht, wenn ich meine Geschichte erzählt habe.	32	31,7 %
Es wird wieder zu einer Enttäuschung für die Betroffenen führen.	25	24,8 %
Ich glaube, dass meine Geschichte nicht wichtig oder besonders genug ist.	15	14,9 %

In der zusätzlichen offenen Antwortmöglichkeit war ein häufig genannter Grund Angst: Dass nicht geglaubt wird, Angst vor Konsequenzen eines öffentlichen Auftritts im beruflichen oder privaten Umfeld, aber auch Angst um die eigene Sicherheit bzw. vor „*der Rache des Täters*“. Der Aspekt von Sicherheit bzw. Bedrohung zieht sich wie ein roter Faden durch alle Fragen zu öffentlichen und vertraulichen Anhörungen.

Andere nannten Scham oder fehlende Erinnerungen als Bedenken. Wieder andere haben bisher nur mit einem kleinen Personenkreis gesprochen, „*sodass eine größere Öffentlichkeit gut überlegt sein will.*“

<b>Gründe, sich gegen eine öffentlich Anhörung zu entscheiden (n=135)</b>		
Ich befürchte, dass es sehr belastend sein wird.	75	55,6 %
Ich fühle mich nicht in der Lage dazu.	69	51,1 %
Ich will nicht, dass meine Geschichte öffentlich bekannt wird.	64	47,4 %
Ich spreche grundsätzlich nicht gerne in der Öffentlichkeit.	44	32,6 %
Ich habe schlechte Erfahrungen mit dem Erzählen meiner Geschichte gemacht.	31	22,9 %
Ich befürchte, dass alles nur Gerede bleibt und keine Folgen haben wird und möchte dazu nicht beitragen.	20	14,8 %
Es wird wieder zu einer Enttäuschung für die Betroffenen führen.	18	13,3 %
Es kann niemand verstehen, wie es mir ergangen ist.	14	10,4 %
Ich glaube, dass meine Geschichte nicht wichtig oder besonders genug ist.	12	8,9 %
Was ich will ist eine Entschädigung, die ich von der Kommission nicht bekommen werde.	7	5,2 %
Man sollte die Vergangenheit ruhen lassen.	1	0,7 %
Ich sehe keinen Sinn in Aufarbeitung.	1	0,7 %

Auch hier wurden ergänzend Scham und Angst genannt. Ein weiterer Grund war der Kontrollverlust, der mit einem öffentlichen Auftritt stattfindet: „*Ich wüsste nicht, wer alles mein Abbild und meinen Namen mit meiner Geschichte mitkriegt. In Zeiten des Internets für mich ein No-Go und viel zu ungeschützt.*“ Einige Befragte befürchteten berufliche Nachteile.

Auch hier war Sicherheit häufig ein Thema, einige der Befragten gaben an, dass aktuell noch Gefahr von den Tatpersonen ausgeht und sie sich mit einem öffentlichen Auftritt gefährden würden.

Im Gegensatz dazu möchten andere Befragte nicht öffentlich auftreten, „*um auch die Täter vor unangemessenen Reaktionen zu schützen.*“

Wieder andere schrieben, dass sie ihre Geschichte bereits häufiger erzählt haben und keinen Sinn in einer weiteren Erzählung sehen oder dass das Sprechen nicht ohne weiteres möglich ist: „*Als Mensch mit dissoziativer Identitätsstörung ist das ‚einfach mal erzählen‘ sehr schwierig. Dazu habe ich mit vielen Amnesien zu tun und kann nur unglaublich wirken.*“



## Vertrauliche Anhörungen

Die gleichen Fragen wurden für die vertraulichen Anhörungen gestellt. Zuerst wurde nach der grundsätzlichen Bereitschaft nach einer Teilnahme gefragt. Sie liegt deutlich höher als die für öffentliche Anhörungen.

<b>Können Sie sich vorstellen, Ihre Geschichte in einer vertraulichen Anhörung zu erzählen? (n=316)</b>		
Ja	191	60,4 %
Nein	42	13,3 %
Weiß nicht	83	26,3 %
Gesamt	316	100 %

Bei der Bereitschaft zur Teilnahme an einer vertraulichen Anhörung wurden weder Unterschiede nach Geschlecht, noch nach Alter deutlich.

Jedoch gaben 63 % der Befragten, die Missbrauch im Kontext Familie erlebt haben an, dass sie sich eine Teilnahme vorstellen können, Befragte, die Missbrauch ausschließlich in anderen Kontexten erlebt haben, sagten das zu 54 %.

Anhand dieser Antworten wurde dann jeweils nach den Motivationen gefragt, die für eine Teilnahme sprechen, bzw. was für die Befragten gegen eine Teilnahme spricht und aufgrund von welchen Bedenken sie es derzeit nicht wissen. Es konnte wieder Mehrfachantworten gegeben werden, und es wurde jeweils nach „Anderem“ gefragt.

<b>Motivationen, sich für die vertrauliche Anhörung zu entscheiden (n=191)</b>		
Ich möchte einen Beitrag zur Aufarbeitung leisten ohne öffentlich aufzutreten.	126	66,0 %
Ich finde ein vertrauliches Gespräch den besseren Rahmen.	86	45,0 %
Ich möchte meine Familie/ meine Angehörigen schützen.	53	27,7 %
Ich will nicht, dass meine Geschichte öffentlich bekannt wird.	40	21,2 %
Ich habe Sorge wegen einer Verleumdungsklage und möchte daher nicht öffentlich sprechen.	35	18,3 %
Ich möchte für jemand anderen sprechen, der oder die es nicht selbst tun kann oder möchte.	20	10,6 %

Viele Befragte führten die Antwortmöglichkeit des vertraulichen Gesprächs als besseren Rahmen weiter aus, unter anderem, da andere (Angehörige, aber auch Tatpersonen) dann nichts davon erfahren könnten und ihre Sicherheit nicht gefährdet wäre.

<b>Bedenken, sich für die vertrauliche Anhörung zu entscheiden (n=83)</b>		
Ich befürchte, dass es sehr belastend sein wird.	56	67,5 %
Ich habe schlechte Erfahrungen mit dem Erzählen meiner Geschichte gemacht.	30	36,1 %
Ich befürchte, dass alles nur Gerede bleibt und keine Folgen haben wird.	25	30,1 %
Ich glaube, dass meine Geschichte nicht wichtig oder besonders genug ist.	17	20,5 %
Es wird nur wieder zu einer Enttäuschung für die Betroffenen führen.	12	14,5 %

Bedenken hatten mit der großen Belastung einer Anhörungs-Situation zu tun aber auch mit Angst vor den Reaktionen der Anhörenden („Ich habe Angst, dass mir nicht geglaubt wird.“).

Zum Beispiel ging es auch darum ob nicht auch in der Kommission Täter\*innen sind bzw. welche Kontakte die Kommissionsmitglieder haben und ob sie zuverlässig sind. Einige Befragte waren sich unsicher, ob der Datenschutz langfristig gelingen kann, andere waren unentschieden und gaben an erst mehr Informationen zu benötigen, denn *„der Energie-/Belastungs-/ Kraftaufwand muss gegenüber dem Ergebnis abgewogen werden.“*

Sehr häufig genannt wurde Angst um die eigene Sicherheit, das nicht nur von Betroffenen aus dem organisierten bzw. rituellen Umfeld. Befragte sprachen von Lebensgefahr, sobald sie öffentlich auftreten bzw. den Tätern bekannt würde, dass sie sich an die Kommission gewendet haben. (*„Die Täter würden mich umbringen.“ „Angst teuer dafür bezahlen zu müssen. Meine Täter sehen es nicht gern, wenn ich rede...“ „Ich befinde mich noch im Ausstieg (rit. & org. Gewalt) und es würde meine Sicherheit gefährden.“*)

<b>Gründe, sich gegen eine vertrauliche Anhörung zu entscheiden (n=42)</b>		
Ich fühle mich nicht in der Lage dazu.	20	47,6 %
Ich befürchte, dass es sehr belastend sein wird.	16	38,1 %
Ich habe schlechte Erfahrungen mit dem Erzählen meiner Geschichte gemacht.	13	31,0 %
Ich befürchte, dass alles nur Gerede bleibt und keine Folgen haben wird und möchte dazu nicht beitragen.	7	16,7 %
Es wird nur wieder zu einer Enttäuschung für die Betroffenen führen.	7	16,7 %
Es kann niemand verstehen, wie es mir ergangen ist.	6	14,3 %
Was ich will ist eine Entschädigung, die ich von der Kommission nicht bekommen werde.	4	9,5 %
Ich glaube, dass meine Geschichte nicht wichtig oder besonders genug ist.	4	9,5 %
Ich sehe keinen Sinn in Aufarbeitung.	1	2,4 %
Man sollte die Vergangenheit ruhen lassen.	1	2,4 %

Auch hier ergänzten Befragte die Angst um die eigene Sicherheit.

Andere fanden eine solche Anhörung für sich nicht hilfreich: *„Es ist meine Geschichte. Ich brauche weder traurige Blicke noch Fragen an meiner Glaubwürdigkeit“* oder sagten *„Ich habe da sieben Jahre lang in der Therapie darüber geredet. Das reicht mir.“*

Außerdem wurde gefragt: *„Was würden Sie sich persönlich erwarten, wenn Sie an einer Anhörung teilnehmen würden?“* Auch hier konnten Mehrfachantworten gegeben und „andere Erwartungen“ angefügt werden. Überraschend war die relativ geringe Anzahl derer, die sich für die klassischen Formulierungen *„Anerkennung von Leid und Unrecht“* entschieden.

<b>Was würden Sie persönlich erwarten, wenn Sie an einer Anhörung teilnehmen würden? (n=316)</b>		
Ich erwarte, dass mir geglaubt wird.	218	69,0 %
Ich erwarte, dass die Kommission für uns Betroffene kämpft.	207	65,5 %
Ich erwarte, dass ich meine Geschichte erzählen kann und dass mir zugehört wird.	190	60,1 %
Ich erwarte, dass ich nach der Anhörung nicht allein gelassen werde.	171	54,1 %
Ich erwarte, dass die Art von Missbrauch, die ich erlebt habe, auch in der öffentlichen Diskussion vorkommt.	144	45,6 %
Ich erwarte die Anerkennung von Unrecht.	114	36,1 %
Ich erwarte die Anerkennung von Leid.	100	31,6 %

Weitere Erwartungen der Befragten sind sehr unterschiedlich. Einige beziehen sich auf die Vorbereitung der Anhörungen, also auf die Übernahme von Fahrtkosten, Informationen über die Situation vor Ort und den Wunsch bereits vor dem Termin Kontakt zu den Anhörenden zu haben um sich kennen zu lernen. Andere beziehen sich auf die Zeit nach der Anhörung, also auf Datenschutz, den Wunsch nach Transparenz in der Auswertung bzw. regelmäßige Information über den Arbeitsstand oder Versorgung nach der Anhörung.

Auch die Anhörungssituation an sich wurde thematisiert: es ging um den Wunsch nach einer positiven Atmosphäre, die Möglichkeit die Anhörung unterbrechen zu können, *„Raum und Zeit für alles, was die Betroffenen mitteilen möchten“* bzw. sagte eine Person: *„Ich erwarte, dass Betroffene nicht nur als Lieferant\*innen von pornografischen Gruselgeschichten gesehen, sondern als Expert\*innen behandelt und angehört werden.“* Einige wünschten sich, dass ihnen geglaubt wird, auch wenn beim Erzählen Widersprüche passieren können, ein Befragter schrieb im Unterschied dazu: *„ich erwarte nicht, das mir geglaubt wird, sondern meine Glaubwürdigkeit kritisch geprüft wird und auch nachprüfbares oder Zeugen gehört und kritisch zur Kenntnis genommen wird. Das Glauben zielt auf Beweislastumkehr und Aushebelung des Rechtsstaates ab, deshalb ist das gefährlich, bedingungslos.“*

Wichtig waren außerdem die Zusicherung des Datenschutzes und der Wunsch nach Schweigepflicht für die Anhörenden.

Andere Erwartungen zielen auf Konsequenzen auf gesellschaftliche Ebene: Themen, die Teil der öffentlichen Diskussion werden sollen, Veränderungen der Gesetzeslage bzw. der Situation in Therapie und Beratung.

Eine Person wünschte sich ein klares Ziel für die Anhörung, denn *„einfach erzählen kann ich meine Geschichte auch meinem Toaster und dessen Beitrag zur Aufarbeitung kann dabei genauso groß sein, wie der der Kommission - oder?“*, eine andere schrieb: *„Dass die Informationen als Grundlage genutzt werden um sinnvoll zu argumentieren und etwas für die Opfer zu bewegen und dass sich Menschen mit hoher Expertise/Qualifikation darum kümmern, diese Informationen sinnvoll zu verwerten. Und dass diese Menschen angemessen entlohnt werden anstatt es nur mit Ehrenämtern zu besetzen, wie es offenbar beim Fonds für sexuellen Missbrauch der Fall ist. Es sollten zeitnah Handlungen erkennbar sein.“*

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, welche Informationen Betroffenen aus ihrer Erfahrung heraus benötigen, um sich für oder gegen eine Anhörung entscheiden zu können, bzw. was die Teilnahme an einer Anhörung erleichtern könnte.

<b>Welche Informationen brauchen Betroffene um sich für oder gegen die Teilnahme an einer Anhörung entscheiden zu können? (n=316)</b>		
Wie die Anhörung ablaufen wird	282	89,2 %
Wer die Anhörung durchführen wird	278	88,0 %
Wer alles anwesend sein und zuhören wird	277	87,7 %
Was dann mit den Geschichten passieren wird	271	85,8 %
Ob Fragen gestellt werden oder ob frei erzählt werden soll	225	71,2 %
Welche Fragen ihnen gestellt werden	178	56,3 %
Ob geglaubt wird oder die Angaben überprüft werden	152	48,1 %
Ob die Reisekosten übernommen werden	148	46,8 %
Wie die Räumlichkeiten aussehen werden	133	42,1 %
Ob Anmeldungen auch abgelehnt werden können	104	32,9 %

Die Angaben in der offenen Antwortmöglichkeit bezogen sich Schwerpunktmäßig auf die Situation der Anhörung. Es wurden einige der vorgegebenen Antworten genauer ausgeführt, wer anwesend sein wird, ob Unterstützung angeboten wird, wie flexibel der Ablauf ist, ob auf Beeinträchtigungen oder Trigger individuell Rücksicht genommen wird und ob bzw. welche Fragen gestellt werden. Während einige sagten, dass es hilfreich wäre die Fragen vorher zu bekommen um möglicherweise einen Text verfassen zu können, sagte eine andere, dass dadurch eine *„extreme Vorbereitungsarbeit“* ausgelöst werden würde.

Zusätzlich war vielen Befragten wichtig, ob es möglich sein wird eine Vertrauensperson mitzubringen.

Ein weiterer wichtiger Punkt war der Datenschutz: Wie werden die Daten anonymisiert, wer hat Zugriff darauf, ist es möglich anonym zu bleiben?

Auch der Ort der Anhörung war wichtig: Werden Reisekosten übernommen, wie viel Zeit muss für eine Anreise kalkuliert werden... Eine Person schrieb: „*ob nicht immer alles nur in Berlin verhandelt werden kann. Es gibt auch nicht reisefähige Opfer!!! \*grumpf\* blödes Berlin.*“

Außerdem wurde von mehreren das Glauben der Geschichten auch kritisch beleuchtet:

„*Grundsätzlich ist das wichtig, ja. Aber so absolut wie es hier steht? Nein! Betroffene sexuellen Missbrauchs sind keine besseren Menschen. Sie würden doch Ihrer Kollegin auch nicht alles blind glauben, auch wenn sie sich irrt oder – warum auch immer – nicht die Wahrheit sagt? Eine Portion gesunden Zweifels gehört zum Leben dazu. Auch eine solche Anhörung sollte nicht etwas versprechen, was sie nicht halten kann.*“

Einige Befragte thematisierten, dass sie sich nicht sicher fühlten. Besonders in Bezug auf organisierte Gewalt wünschten sie sich konkrete Informationen, wie ihre Sicherheit bei einer Anhörung gewährleistet werden könnte.

<b>Was muss gesichert sein, um Betroffenen die Teilnahme an einer Anhörung zu erleichtern? (n=316)</b>		
Es muss ausreichend Zeit zur Verfügung stehen.	265	83,9 %
Betroffene müssen eine Vertrauensperson mitbringen können.	249	78,8 %
Betroffene sollen als Expert*innen angehört werden, nicht nur als Opfer.	238	75,3 %
Die Kommissionsmitglieder, die Betroffene anhören, müssen sich auskennen.	228	72,2 %
Betroffene müssen entscheiden können, ob sie von Frauen oder Männern angehört werden.	228	72,2%
Betroffenen muss geglaubt werden und es darf nicht in Zweifel gezogen werden, was sie berichten.	221	69,9 %
Betroffene sollten eine Betreuung durch eine Fachberatungsstelle vor Ort erhalten.	133	42,1 %

Viele der ergänzenden Antworten bezogen sich auf die Anhörungssituation und darauf, dass es möglich sein sollte, Pausen zu machen oder das Gespräch abubrechen.

Andere thematisierten die Reaktionen der Anhörenden: „*Die Kommissionsmitglieder müssen als Menschen da sein, die reagieren, und nicht bloß als schweigende Ohren.*“ Es reiche nicht aus das Gehörte zu glauben, sondern „*es muss auch wertfrei sein. Betroffene, die sprechen, erhalten Reaktionen im Sinn von ‚oh, das ist aber extrem‘ oder aber ‚ach, ich hab schon schlimmeres gehört‘. Diese Aussagen lassen einen verstummen bzw. machen das Sprechen unangenehm. Es muss deutlich sein, dass die Kommission das weiß und diese Erfahrungen sich möglichst nicht wiederholen.*“ Auch die Kompetenz der Anhörenden wurde thematisiert: „*Die Kommission sollte dazu in der Lage sein, mit Erinnerungslücken, Erinnerungsverzerrungen, chaotischen Berichten und unsicheren sowie unklaren Aussagen zurecht zu kommen und kompetent im Umgang damit sein, ohne die Richtigkeit anzuzweifeln.*“

Andere Befragte fanden die Atmosphäre der Anhörungssituation wichtig: Dürfen Assistenzhunde oder bestimmte Gegenstände wie Wärmflaschen oder Decken mitgebracht werden? Wie kann der Wunsch nach einer Pause signalisiert werden?

Der Wunsch nach Anonymität wurde mehrfach formuliert, außerdem fragten einige nach der Verwendung der Daten bzw. einer Schweigepflicht der Anhörenden.

Außerdem ergänzten einige Befragte die Möglichkeit der Betreuung durch eine Fachberatungsstelle durch konkrete Wünsche nach spezialisierten Therapeut\*innen oder Gesprächen in Gruppen.

Andere Befragte nannten Kinderbetreuung als Voraussetzung um teilnehmen zu können oder ihnen war die Möglichkeit wichtig, telefonisch angehört werden zu können bzw. einen schriftlichen Bericht einzureichen.

Eine Person wünschte sich einen „*praktischen Nutzen*“ der Anhörungen, „*damit im Einzelfall Fehlentscheidungen der Behörden und/oder Gerichte korrigiert werden*“.

## 5. Weiteres Vorgehen

Zurzeit sind wir noch mit der Auswertung von weiteren offenen Fragen des Fragebogens befasst. Wir werden diese Ergebnisse nach und nach auf der Homepage ergänzen.

Mit den Interviews wurde begonnen. Inzwischen konnten bereits 27 der geplanten 50 Interviews geführt werden und weitere folgen. Die Auswertung wird wieder einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Ergebnisse werden dann ebenfalls hier veröffentlicht.

Außerdem wurde bereits eine Gruppendiskussion zum Thema „Austausch der Generationen“ durchgeführt, weitere Gruppen zu anderen Themen sollen später in diesem Jahr durchgeführt werden. Auch diese Ergebnisse werden hier veröffentlicht.

**Bislang haben sich vor allem Frauen um Interview gemeldet und Personen aus den westlichen Bundesländern sowie Personen ab 40 Jahren. Wir würden uns freuen, mit mehr Männern und jüngeren Menschen sprechen und deren Sicht aufnehmen zu können.**

<http://erwartungaufarbeitung.de>

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die dieses Forschungsprojekt unterstützen!

Barbara Kavemann und Bianca Nagel